Zeitschrift: Energie extra
Herausgeber: Bundesamt für Energie; Energie 2000
Band: - (2000)
Heft: 4

Artikel: Für die Energie-Zukunft Schweiz : 2 x JA am 24. September : Interview
Autor: Leuenberger, Moritz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-639390

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.07.2025

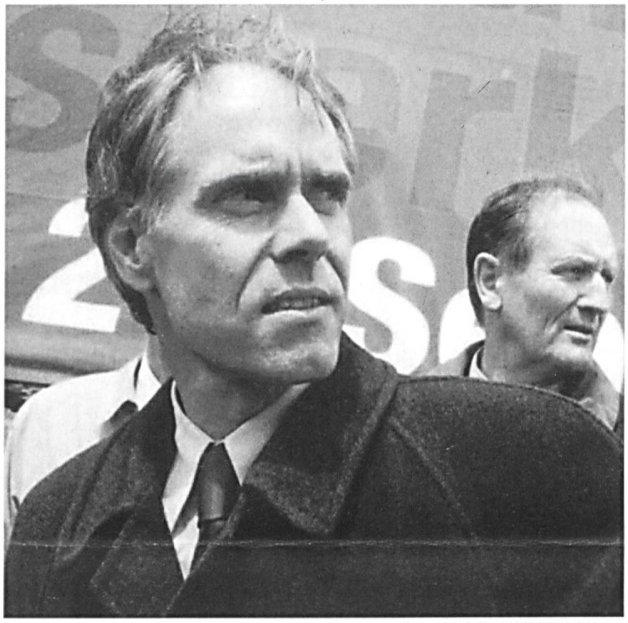
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

INTERVIEW BUNDESRAT MORITZ LEUENBERGER

Für die Energie-Zukunft Schweiz: 2 x JA am 24. September

Bundesrat Moritz Leuenberger erklärt, welche Vorteile die Förder- und die Umweltabgabe der Schweiz bringen: Bessere Luft und ein gesundes Klima, den Schutz unserer Wasserkraft, Impulse für moderne Energietechnologien.

Herr Leuenberger, am 24. September stimmen wir über drei Energievorlagen ab: Die Förderabgabe, die Umweltabgabe und die Solarinitiative. Braucht es diese Vorlagen wirklich, der Umwelt geht es doch schon viel besser?
Der Umwelt geht es tatsächlich besser als vor ein paar Jahren. Trotzdem haben wir ein Umweltproblem und vor allem ein CO_2-Problem. Die Treibhausgase heizen unser Klima auf. Es wird immer offensichtlicher, dass zwischen der Erwärmung der Atmosphäre und der Zunahme von Unwetterkatastrophen wie dem Sturm «Lothar» ein Zusammenhang besteht. Noch viel härter sind von den Klimaveränderungen die Küstenländer des Südens betroffen. Nur durch die Senkung des Schadstoff- und des CO_2-Ausstosses schützen wir Boden, Wasser, Wald, Klima und Luft. Deshalb brauchen wir einen rationelleren Umgang mit Energie und die Umlagerung von nicht erneuerbarer zu erneuerbarer, umweltfreundlicher Energie. Die Energievorlagen vom 24. September bieten dazu einen wirksamen Anreiz.



Genügt für den Schutz der Umwelt das CO_2-Gesetz nicht?
Das CO_2-Gesetz sieht die Reduktion der CO_2-Emissionen um 10% bis ins Jahr 2010 vor. Im Vordergrund stehen dabei freiwillige Massnahmen. Wir rühmen uns, zu den Vorreitern der internationalen Klimapolitik zu gehören. Mit der Umweltabgabe und der Förderabgabe haben wir die Chance, diese Bekenntnisse zu konkretisieren. Sie werden den CO_2-Ausstoss bis ins Jahr 2010 um rund 12% vermindern. Doch kaum rückt das CO_2-Ziel in greifbare Nähe, sind alle schönen Grundsätze wieder vergessen. So wird nun plötzlich ein Loblied auf die CO_2-Abgabe angestimmt und die Umweltabgabe abgelehnt. Dabei ist die Wirkung der beiden Instrumente mehr oder weniger dieselbe. Die Umweltabgabe hat zudem den Vorteil, dass auch der Strom aus ausländischen Gas- und Kohlekraftwerken erfasst wird. Ist der Strom aus dem Ausland zu billig, bedroht dies unsere einheimische Wasserkraft.

«Die Förderabgabe stellt sicher, dass die Wasserkraft auch in Zukunft in Stand gehalten und erneuert werden kann. Die Umweltabgabe verschafft allen erneuerbaren Energien einen dauerhaften Preisvorteil.»

Die Wirtschaftsverbände fahren seit Wochen eine millionenschwere Gegenkampagne. Ihre Argumente: Die Energievorlagen brächten neue Steuern und müssten deshalb abgelehnt werden.
Ich wundere mich: Der Vorort, von dem ich sonst noch nie etwas gegen marktwirtschaftliche Instrumente vernommen habe und der uns bei der LSVA tatkräftig unterstützt hat, wechselt die Seite und spricht von «neuen Steuern». Dass kein einziger Rappen dieser Abgabe in der Bundeskasse bleiben wird, wischt er einfach unter den Tisch. Die Umweltabgabe wird ja vollumfänglich an die Unternehmen und die Erwerbstätigen zurückerstattet. Und auch von der Förderabgabe profitiert die Wirtschaft, denn sie vergrössert den Markt für moderne Energietechnologien und sorgt für bessere Qualität und tiefere Preise. Energiebewusste Firmen können damit ihre Energiekosten spürbar senken und erst noch etwas für die Umwelt tun.

Das Parlament berät derzeit die Öffnung des Strommarktes. Sie wird zu sinkenden Strompreisen führen. Besteht da nicht ein Widerspruch zu den Energievorlagen vom 24 September?
Im Gegenteil: Die Strommarktöffnung und die Energievorlagen sind eng miteinander verbunden. Ganz Europa liberalisiert die Strommärkte; da können wir nicht abseits stehen. Unsere Wirtschaft wäre sonst mit einem erheblichen Wettbewerbsnachteil konfrontiert. Die Öffnung des Strommarktes braucht aber flankierende Massnahmen. Denn sie gefährdet unsere Wasserkraft. Wir alle wissen, wie sich die Öffnung des Telekommunikations- und Postmarktes ausgewirkt hat. Swisscom und Post sind einem harten Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Sie können ihn nur bestehen, weil der Bund Milliarden ausgegeben hat, um ihnen die Altlasten abzunehmen und sie mit genügend Risikokapital auszustatten. Der gleiche Verdrängungswettbewerb ist auch im Strommarkt zu erwarten. Er kann jedoch dank den Energievorlagen vom 24. September wirksam abgefedert werden. Die Förderabgabe stellt sicher, dass die

«Die Förder- und die Umweltabgabe sind ein eigentliches Impulsprogramm für den ländlichen Raum.»

Pro Energievorlagen – das Rednerquartett auf dem Gotthard (v.l.n.r.): Regierungsrat Pankraz Freitag (GL), Bundesrat Moritz Leuenberger, WWF-Geschäftsleiterin Carol Franklin-Engler, Regierungsrat Stefan Engler (GL).

Wasserkraft auch in Zukunft in Stand gehalten und erneuert werden kann. Die Umweltabgabe verschafft allen erneuerbaren Energien einen dauerhaften Preisvorteil.

Sind die Energievorlagen sozialverträglich?
Vom Spitzenverband der Wirtschaft, der vor kurzem gerade noch ein Steuerkonzept präsentiert hat, das die höheren Einkommen massiv entlasten würde, wird dies bestritten. Doch auch Familien mit kleinem Budget werden nicht zusätzlich belastet, wenn sie mit Energie haushälterisch umgehen. Und genau dazu soll die Umweltabgabe ja einen Anreiz schaffen. Erinnern möchte ich auch noch einmal an die Wasserkraft. Sie ist einer der Standortvorteile des Berggebietes. Die Wasserkraft zu erhalten und zu erneuern, ist also auch ein Beitrag an den regionalen Ausgleich in unserem Land. Ganz generell sind die Förder- und die Umweltabgabe ein eigentliches Impulsprogramm für den ländlichen Raum. Sie schaffen zum Beispiel neue Absatzchancen für den Brennstoff Holz, und sie werden auch vielen gewerblichen Betrieben, etwa im Bereich der Haustechnik, interessante Perspektiven eröffnen.

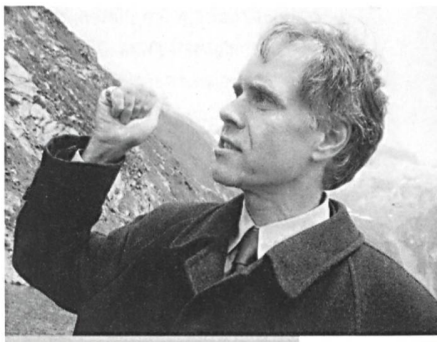
Was passiert, wenn die Energievorlagen abgelehnt werden?
Dann sprächen wir in unseren Sonntagsreden weiterhin von einer nötigen Änderung zugunsten der Nachhaltigkeit, von unserer Verantwortung für die Erde, für die künftige Generation, für unsere Kinder und sprächen und sprächen und sprächen. Aber wir hätten zwei wichtige Instrumente weniger in der Hand, um auch wirklich danach zu handeln. Es bliebe die CO_2-Abgabe. Auch sie ist zwar ein gutes Instrument. Aber sie bietet keinen Schutz für unsere Wasserkraft. Und ob das Parlament der Abgabe dann auch wirklich zustimmen würde, ist noch alles andere als sicher. Mit einem dreifachen Nein am 24. September würden wir also eine grosse Chance verpassen, unseren schönen Worten über eine nachhaltige Entwicklung entsprechende Taten folgen zu lassen.

«Wir rühmen uns, zu den Vorreitern der internationalen Klimapolitik zu gehören. Mit der Umweltabgabe und der Förderabgabe haben wir die Chance, den CO_2-Ausstoss bis ins Jahr 2010 um rund 12 Prozent zu vermindern.»

Die beiden Vorlagen auf einen Blick

Der Verfassungsartikel über eine Förderabgabe für erneuerbare Energien (Förderabgabe) sieht auf allen nicht erneuerbaren Energieträgern eine Abgabe von 0,3 Rappen pro Kilowattstunde vor. Die Massnahme ist auf 10 bis höchstens 15 Jahre befristet. Diese Gelder werden eingesetzt zur Förderung der erneuerbaren Energien, zur Erhaltung unserer Wasserkraft und zur rationellen Energienutzung. Diese 450 Millionen Franken pro Jahr schaffen Arbeitsplätze, erhalten unseren Lebensstandard – und schonen unsere Umwelt.

Der Verfassungsartikel über eine Energielenkungsabgabe für die Umwelt (Umweltabgabe) belastet die nicht erneuerbaren Energien mit maximal 2 Rappen pro Kilowattstunde. Die Abgabe ist keine neue Steuer, denn sie wird vollumfänglich an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückverteilt: Dies durch die Senkung der Lohnabzüge für die Sozialversicherungen um jährlich 3 Milliarden Franken. Das entlastet energiebewusste Unternehmen und Haushalte, stärkt die erneuerbaren Energien (v.a. auch die Wasserkraft) und schont unsere Umwelt.



Die Fotos wurden am 12. Juli 2000 anlässlich der Medienorientierung «Rettet die Wasserkraft! Ja am 24. September 2000» auf der Staumauer «Sella» unweit des Gotthard-Hospizes aufgenommen. Im Vorfeld zu der eidgenössischen Volksabstimmung forderten die Bergkantone die Stimmberechtigten auf, den drei Energievorlagen zuzustimmen, weil sie die einheimische, saubere Wasserkraft fördern.

In seiner Ansprache vor den zahlreichen Presseleuten sagte Bundesrat Moritz Leuenberger u.a.: «Am 24. September entscheidet sich, ob wir von Nachhaltigkeit und Klimapolitik und Verantwortung weiterhin nur reden wollen oder ob wir tatsächlich bereit sind, einen ersten Schritt zu einer ökologischen Steuerreform zu machen, und ob wir bereit sind, unsere an internationalen Konferenzen eingegangenen Verpflichtungen zugunsten der Umwelt und des Klimas und einer nachhaltigen Energiezukunft einzulösen.»